

Beschluss

Eine krisensichere frauenpolitische Agenda für Brandenburg - Grüne Perspektiven durch das Corona-Brennglas

Gremium: Parteirat
Beschlussdatum: 18.01.2021

Antragstext

1 Frauen sind in ihrem alltäglichen Leben mit anderen Herausforderungen konfrontiert als Männer. Viele
2 frauenpolitische Forderungen sind durch die Corona-Krise wieder stärker in den Fokus geraten. Durch die
3 überholten, aber dennoch einflussreichen gesellschaftlichen Zuschreibungen für Frauen lastet allzu häufig
4 die physische und psychische Gesundheit der Gesellschaft auf den Schultern von Frauen, welche den
5 größeren Anteil der privaten und gesamtgesellschaftlichen Sorgearbeit tragen. Die fehlende
6 Repräsentation von Frauen in politischen Entscheidungsrunden verzerrt die Grundlage, auf der
7 Maßnahmen beschlossen werden. Aus diesem Grund präsentiert dieses Positionspapier drei zentrale
8 Bereiche, welche an Dringlichkeit in der Corona Pandemie nochmals zugenommen haben und daher weit
9 oben auf der politischen Agenda stehen sollten.

10 Gewalt gegen Frauen

11 Die Corona-Krise hat ein Thema ins Blickfeld gerückt, das gerne vergessen, verdrängt, verharmlost wird:
12 häusliche Gewalt und Gewalt gegen Frauen. Doch nicht nur in Ausnahmesituation gehört das Thema in den
13 Fokus. Nur sehr langsam dringt die Erkenntnis durch, dass Gewalt gegen Frauen eine Bedrohung der
14 inneren Sicherheit darstellt. Mit der gleichen Intensität wie anderen Bedrohungspotentialen begegnet
15 wird, sollte auch dieses Thema angegangen werden.

16 Während des Lockdowns sind immer mehr Aktivitäten in den digitalen Raum verlagert worden. Physische
17 und psychische Bedrohungen von Frauen in der digitalen Welt haben unabhängig von der Corona-Krise
18 bereits zu wenig Beachtung bekommen. Durch die zunehmende Verschiebung ins Digitale sollte dem
19 Thema daher besondere Bedeutung beigemessen werden.

20 Aus diesem Grund müssen wir handeln und brauchen in Übereinstimmung mit der Istanbul Konvention
21 jetzt:

- 22 • eine Ausweitung der vorhandenen Plätze in Frauenhäusern, bis mindestens die von der Istanbul
23 Konvention empfohlene Quote von einem Platz pro 10.000 Einwohner*innen erreicht ist. Das
24 Frauenhausfinanzierungsgesetz ist dafür ein guter erster Schritt auf den weitere Folgen müssen.
- 25 • eine bessere Bezahlung der Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser, damit der Generationswechsel
26 vollzogen werden kann und die nun frei werdenden Stellen adäquat besetzt werden können
- 27 • eine Ausweitung des Angebots für von Gewalt Betroffene vor allem in Bezug auf Übersetzung und
28 Sprachmittlung direkt vor Ort in den Kommunen.
- 29 • eine Ausweitung des Angebots von psychosozialer Betreuung von Kindern der von Gewalt
30 betroffenen Frauen
- 31 • verstärkte Hilfs- und Beratungsangebote im Zusammenhang mit Problemen digitaler Gewalt

32 Aufteilung von Sorgearbeit

33 Während des zweiten Lockdowns wird ein Großteil der privaten Care-Arbeit, die sich durch die Schließung
34 von Kindergärten und Schulen ergibt, von Frauen geleistet. Für zahlreiche Frauen entsteht damit eine drei-,
35 wenn nicht sogar vierfache Belastung. Oft müssen sie Haushalt, Kinderbetreuung und Beruf koordinieren,
36 sowie Ersatzlehrerinnen sein. Was sich in der Ausnahmesituation abzeichnet, ist jedoch kein auf die
37 Krisenzeit beschränkter Zustand. Vielmehr offenbart sich ein grundsätzliches,
38 gesamtgesellschaftliches Problem: Die ungleiche Aufteilung der Care-Arbeit. So ergab bereits der Zweite
39 Gleichstellungsbericht der Bundesregierung 2017, dass Frauen in Deutschland 52,4 % mehr Familien- und
40 Sorgearbeit leisten als Männer (inklusive Singlehaushalte und kinderlose Paare). Bei Familien mit kleinen
41 Kindern beträgt die Diskrepanz sogar 110 %.

42 Diese Diskrepanz ist jedoch nicht nur ein Problem der privaten Care-Arbeit. Der während der Corona-Krise
43 besonders stark geforderte Bereich der gesellschaftlichen Care-Arbeit wird ebenso primär von Frauen
44 geleistet. So beträgt der Frauenanteil in Krankenhäusern und Pflegeheimen 85%, im privaten Pflegedienst
45 87%, in Grundschulen 90% und in Kindertagesstätten sogar 96%. Insgesamt wird 80% der beruflichen
46 Care-Arbeit von Frauen geleistet.

47 Eine grundlegende Ursache für dieses Ungleichgewicht lässt sich bereits im immer noch stereotypisierten
48 Umgang mit Kindern finden. Medien, Werbung, Kinderbücher, -filme und -produkte unterstützen diese
49 Verteilung, nach der Mädchen einfühlsamer sein sollen, sich um Kinder und Haushalt kümmern etc. Jungen
50 fehlt wiederum häufig der Erfahrungsraum für diese Bereiche.

51 Aufgrund dessen fordern wir, dass

- 52 • in Bereichen, auf die der Staat direkt einwirken kann (z.B. Schulbücher) stereotypisierte
53 Darstellungen der Geschlechter aufgehoben werden,
- 54 • in den anderen Bereichen Anreize geschaffen werden, überholte Geschlechterzuschreibungen
55 aufzubrechen,
- 56 • Erfahrungsräume für Jungen und junge männliche Erwachsene geschaffen und ausgebaut werden, in
57 welchen sie Care-Arbeit kennenlernen und sich damit identifizieren können (Care-Projektwochen in
58 Schulen, Freiwilliges soziales Jahr)
- 59 • es inhaltlicher Teil der Ausbildung von pädagogischen Berufen wird, sich mit der stereotypen
60 Darstellung von Geschlechtern und Rollenbildern sowie der daraus resultierenden ungleichen
61 Verteilung von Care-Arbeit zu beschäftigen.
- 62 • die Problematik und ihre Auswirkung stereotyper Darstellung von Geschlechtern und Rollenbildern
63 inhaltlicher Teil der Ausbildung von erzieherischen Berufen (Erzieher*innen, Lehrer*inne) wird.

64 Da ein derartiger Wandel Zeit benötigt, fordern wir zur Verbesserung der derzeitigen Lage außerdem

- 65 • eine bessere Bezahlung der professionellen Pflege,
- 66 • einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag in der Pflege
- 67 • die stärkere finanzielle Anerkennung der privaten häuslichen Pflege, u.a. durch die Anrechnung der
68 geleisteten Care Arbeit bei der Berechnung der Arbeitsjahre für die Rente
- 69 • Die Reduzierung der Arbeitszeit in der Alten- und Krankenpflege auf 35 Std./Woche bei vollem
70 Lohnausgleich
- 71 • Die Abschaffung des Ehegatten Splittings, das Frauen benachteiligt und klischeehafte Rollenbilder
72 verfestigt. Care Arbeit muss gerechter partnerschaftlich verteilt werden können und dazu setzt das
73 Ehegattensplitting falsche Anreize.

- 74 • Arbeitszeiten müssen flexibler im Sinne der Beschäftigten gestaltet werden können, um Familie und
75 Beruf besser vereinbaren zu können.

76 Darüber hinaus darf eine Auslagerung der Care-Arbeit durch ausländische Arbeiter*innen, wie es
77 beispielsweise in der Altenpflege der Fall ist, nicht als Lösung oder gar Erfolg gesehen werden. Wir müssen
78 Care-Arbeit global und vor allem gerecht denken. Überall, wo Arbeiterinnen ihre Heimat verlassen,
79 hinterlassen sie eine Lücke im eigenen gesellschaftlichen und privaten Care-System. Deutschland lagert
80 damit nur ein Problem aus und leugnet die Ursachen für das eigentliche Problem.

81 Paritätische Besetzung der Krisenstäbe und Informationsmanagement

82 Die zu leistende Sorgearbeit im Beruflichen und Privaten lastet, wie bereits gezeigt, zum großen Teil auf
83 den Schultern von Frauen. In der Krise hat der Staat sich darauf verlassen, dass Frauen die staatlichen
84 Aufgaben wie Kinderbetreuung, Essensversorgung im Hort, Schulunterricht sowie das Nähen und
85 Bereitstellen von Masken schon übernehmen würden. Öffentliche Unterstützungsangebote, besonders für
86 (alleinerziehende) Frauen mit Doppel- oder Dreifachbelastungen waren nicht ausreichend vorhanden.
87 Mancherorts führte eine fehlende Kommunikation und Erklärung der Entscheidungen zu Unverständnis
88 und Unmut.

89 Die geschlechterspezifischen Auswirkung der Lockdown-Entscheidungen zeigen, dass die Perspektiven von
90 betroffenen Frauen zu wenig in politische Beratungs- und Entscheidungsgremien eingeflossen sind.

91 Auf allen politischen Ebenen müssen Voraussetzungen für ein gendergerechtes Krisenmanagement
92 geschaffen werden, welches für die Interessen aller Geschlechter gleichermaßen sensibilisiert ist, die
93 ergriffenen Maßnahmen nachvollziehbar kommuniziert und auf die tatsächliche Lebenswelt der am
94 meisten Betroffenen reagieren kann.

95 Im Hinblick auf zukünftige Krisensituationen fordern wir:

- 96 • die paritätische Besetzung von allen Krisenstäben, die von öffentlichen Institutionen einberufen
97 werden
- 98 • die paritätische Besetzung von wissenschaftlichen Expert*innengremien, welche öffentliche
99 Institutionen beraten
- 100 • Die Perspektive von Frauen muss bei der Krisenbewältigung eine stärkere Rolle spielen. Die Corona
101 Pandemie hat gezeigt, dass es dazu u.a. einen stetigen Austausch mit zivilgesellschaftlichen
102 Netzwerk- oder Koordinierungsstellen (z.B. Frauenhäuser oder Familienberatungsstellen) braucht,
103 sowie eine regelmäßige und transparente Berichterstattung.